

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 888 648 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB zu den deutsch-deutschen Perspektiven jenseits von Spaltung und Wiedervereinigung: Durch Zusammenarbeit zur Konföderation.

Seite 1

Christa Randzio-Plath zum Gedenken an Marie Schlei, die erste und einzige Entwicklungsministerin der Bundesrepublik Deutschland: „Wir tragen eine schwere Last...“.

Seite 4

Dr. Hans de With MdB zum 40. Todestag von Gustav Radbruch: Erinnerung an einen ganz außergewöhnlichen Juristen.

Seite 5

44. Jahrgang / 225

23. November 1989

Durch Zusammenarbeit zur Konföderation

Zu den deutsch-deutschen Perspektiven jenseits von Spaltung und Wiedervereinigung

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die Deutschen in der DDR vollziehen eine demokratische Revolution. In Friedfertigkeit wird Freiheit erkämpft. So beginnt Selbstbestimmung. Die Linke in der Bundesrepublik sollte diesen Prozeß ohne Wenn und Aber unterstützen. Allein die Deutschen in der DDR aber entscheiden darüber, mit welchem Ziel und auf welchem Wege sie ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben.

- Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ wird die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung durch Demokratisierung gefordert.
- Auf friedlichen Demonstrationen beginnt das Recht auf Selbstbestimmung bereits zur gesellschaftlichen Wirklichkeit zu werden.
- Die verfassungsrechtliche Verankerung eines demokratischen Pluralismus wird gefordert und zugleich auf Demonstrationen und im Dialog etablierter Macht und Oppositionsgruppen praktiziert.
- Im öffentlichen Dialog zwischen Vertretern der Opposition und der Regierung wird die Demokratisierung der DDR verlangt und symbolisch bereits eingeübt.
- In freien und geheimen Wahlen soll sich durch Wiederholung der Kommunalwahlen und bei vorgezogenen Volkskammerwahlen die Demokratisierung der staatlichen Macht vollziehen.
- Die Demokratisierung der staatlichen Macht soll durch eine Reform der Verfassung, die Beseitigung aller Sonderrechte der SED, eine grundlegende Änderung des Rechtssystems und Wirtschaftsreformen abgesichert werden.
- Wer die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze unterstreicht, erhält vor dem Schöneberger Rathaus tosenden Beifall. Ansprüche oder Vorurteile gegenüber den östlichen oder westlichen Nachbarn der Deutschen werden nicht artikuliert. Auch anti-amerikanische und antisowjetische Parolen verstummen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verändertes Umwag
zu vermehrte Rohstoffe
Recycling-Papier



Die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes vollzieht sich gewaltfrei und unter Losungen, die statt an Treffen der Vertriebenenverbände an Kirchentage und Friedensbewegung erinnern.

Die Parolen der Republikaner stoßen auf Widerspruch und Widerstand. Nationales geschieht, aber Nationalisten werden isoliert.

- In Berlin vereinen sich die Bürger einer bisher geteilten Stadt, in der Stadt werden zahlreiche neue Grenzübergänge geschaffen, die getrennten Teile der Stadt werden durch neue Verbindungen und Bindungen wieder zusammengefügt. Ohne staatliche Neuorganisation von oben, ohne daß Statusfragen, staatsrechtliche oder völkerrechtliche Fragen aufgeworfen werden, vollzog sich der Prozeß des Wiedersehens und der Wiedervereinigung von lang getrennten Freunden und Familien, nicht aber der Wiedervereinigung von Staaten. Die Überwindung der staatlichen Spaltung besitzt für die Mehrheit der Deutschen nicht die im Ausland befürchtete und bei der deutschen Rechten erhoffte Priorität.

Diese neue deutsche Wirklichkeit demonstriert Scheu und zum Teil auch Abscheu vor der nationalen Rhetorik und den Symbolen der deutschen Rechten. Sie orientiert sich nicht am Vorrang der nationalen Einheit, sondern am Vorrang der Freiheit. Aber in einem Prozeß der Demokratisierung beginnt die bisherige Spaltung Berlins, der beiden deutschen Staaten und der beiden Teile Europas überwunden zu werden: Die Deutschen und die Europäer gewinnen so gemeinsam an Einheit.

Dieser Einigungsprozeß kann durch „Vertragsgemeinschaft“ zum engen Miteinander zweier völkerrechtlich getrennter deutscher Staaten, zu einer Konföderation zweier gleichberechtigter deutscher Staaten zu einem in eine europäische Struktur eingebundenen Bundesstaat führen. Keine dieser Entwicklungen ist ausgeschlossen. Keine sollte durch die SPD von vornherein ausgeschlossen werden. Das Recht auf Selbstbestimmung schließt das Recht auf unterschiedliche Ergebnisse der Ausübung dieses Rechts ein. Die Deutschen können aber nur an Einheit gewinnen, wenn durch ihre Einheit Europa an Frieden gewinnt.

Das Bedürfnis der Deutschen in beiden Teilen Berlins und Deutschlands aufeinander zuzugehen und gemeinsame Probleme zu lösen, ist unübersehbar. Die vor uns stehenden Probleme sind auch umso besser zu lösen, je mehr die Deutschen in beiden Teilen Deutschlands dabei zusammenwirken.

Seitdem die Reisefreiheit verwirklicht ist, wird die Frage der Modernisierung der Wirtschaft der DDR zur vorrangigen Aufgabe. Diese Modernisierung wird ohne eine grundlegende Strukturreform des Wirtschafts- und Sozialsystems der DDR nicht gelingen können. Nachdem durch die Regierungserklärung von Hans Modrow politische Entscheidungen mit dieser Zielsetzung getroffen worden sind, wird ein Ausbau und eine neue Qualität den Umfang der deutsch-deutschen Kooperation möglich und sinnvoll.

Dabei geht es nicht um eine völlige Übernahme des politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik, wohl aber um eine umfassende Demokratisierung und Dezentralisierung, aber auch um die Einführung marktwirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Komponenten. Nur so kann die Kluft im Lebensstandard zwischen der DDR und der Bundesrepublik geschlossen werden, den Menschen eine begründete Aussicht gegeben werden, in der DDR zu bleiben oder in die DDR zu gehen. Das wäre mittelfristig gleichbedeutend mit der freien Wahl des Wohnsitzes und Arbeitsplatzes in beiden deutschen Staaten.

Diese Wahlfreiheit sollte dadurch abgesichert werden, daß ähnlich wie die Bundesrepublik, auch die DDR den Bürgern des anderen deutschen Staates, die dies wünschen, ihre Staatsangehörigkeit anbietet.

Durch eine wachsende umweltpolitische Zusammenarbeit können beide Staaten in Zentraleuropa zur Lebensqualität beitragen und den Schutz der Natur gewährleisten. Durch eine verkehrs- und medienpolitische, wie auch kommunikationstechnologische Zusammenarbeit können Bindungen wachsen, indem Verbindungen ausgebaut werden.

- Bestehende deutsch -deutsche Institutionen und Vereinbarungen wie der Grundlagenvertrag müssen daraufhin überprüft werden, welche in ihnen enthaltenen Kooperationsmöglichkeiten noch nicht voll ausgeschöpft worden sind und wo zusätzliche Vereinbarungen, Verträge und Institutionen sinnvoll und geboten erscheinen.
- Das gleiche gilt für den Ausbau der Zusammenarbeit mit und die spätere mögliche Mitgliedschaft in europäischen Institutionen wie Europarat und Europäische Gemeinschaft.
- Dabei ergeben sich neue Chancen für Berlin, auch als Standort für deutsch-deutsche und gesamteuropäische Institutionen.

Damit die Demokratisierung und Modernisierung der DDR Erfolg haben kann, ist bereits kurzfristig das wachsende Zusammenwirken zweier gleichberechtigter deutscher Staaten erforderlich. Der neue Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, umschreibt diese neue deutsch-deutsche Realität mit dem Begriff der „Vertragsgemeinschaft“. Sie könnte mittelfristig zu einer Art Konföderation der beiden deutschen Staaten ausgebaut werden. Der Prozeß des Zusammenwirkens, der zu einer Konföderation gleichberechtigter deutscher Staaten führen könnte, läßt sich auf absehbare Zeit mit der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Bündnissen und Wirtschaftssystemen vereinbaren. Auch die Beantwortung grundsätzlicher Fragen des Status von Berlin und der Rechte der Alliierten in Bezug auf Deutschland als Ganzes ließen sich in diesem konföderativen Prozeß auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Die Lösung der statusrechtlichen Probleme würde erst dann unabweisbar, wenn die Bevölkerung und die demokratisch gewählten Regierungen in beiden deutschen Staaten sich zur Umwandlung einer deutsch-deutschen Konföderation in einen Bundesstaat entscheiden sollten. Die Perspektive der Konföderation ist schon aus diesem Grunde auf absehbare Zeit die realistische Perspektive jenseits von Spaltung und Wiedervereinigung.

(-/23.11.1989/vo-he/rs)

* * *

„Wir tragen eine schwere Last...“

Zum Gedenken an Marie Schlei, die erste und einzige Entwicklungsministerin
der Bundesrepublik Deutschland

Von Christa Randzio-Plath
Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins

Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)

70 Jahre alt wäre Marie Schlei am 26. November 1989 geworden. Immer noch denken viele Afrikanerinnen an sie und ihren Besuch in afrikanischen Ländern. Sie denken aber auch daran, daß Marie Schlei die mutige Vorkämpferin für die Integration der Frauen in den Entwicklungsprozeß der Länder in der Dritten Welt war. Sie war es nämlich, die das Internationale Jahrzehnt der Frauen zugunsten der Frauen in der Dritten Welt nutzte. Seitdem sprechen wir von Frauenprogrammen und Frauenprojekten.

Die Erinnerung an Marie Schlei mahnt, uns für Frauen in der Dritten Welt zu engagieren. Jetzt geht es zum Beispiel um einen Bus für Moshi in Tansania. Das Bus-Projekt soll Frauen in kargen Bergregionen die Arbeit auf den Feldern, die Viehhaltung, aber auch die Vermarktung von Mais und Gemüse, Vieh und Kunsthandwerk erleichtern. Viele Frauenprobleme sind Transportprobleme. Sie dürfen zwar die Hauptlast der Arbeit tragen, aber nicht auf Unterstützung zählen. Und so singen die afrikanischen Frauen zu recht: „Wir tragen eine schwere Last. Aber wer soll sie tragen, wenn nicht wir Frauen...“.

Auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen wurde vor fünf Jahren der Marie-Schlei-Verein gegründet. Rund 50 Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika wurden seitdem unterstützt. Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe. Mit Frauengruppen oder Frauenorganisationen, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen beitragen wollen, arbeitet der Marie-Schlei-Verein zusammen. Frauen planen und organisieren für und mit Frauen. Es geht um Ausbildung - für den Gemüsebau oder die Bewässerung, für die Lagerung von Früchten oder die Fischerei, um Töpfern, Lederverarbeitung, Schneidern oder Kunsthandwerk.

Diese Angebote zur Zusammenarbeit sind Ausdruck schwesterlicher Solidarität. Sie sind ein Tropfen auf den heißen Stein, weil sie die Bedingungen für die Entwicklungsprozesse nicht verändern können. Sie stärken aber das Selbstwertgefühl der Frauen. Die Rolle der Frau und das Verhältnis von Männern und Frauen verändern sich durch Frauenprojekte und ermutigen Frauen, ihre Probleme als gesellschaftliche Fragen zu begreifen und ihren Anteil an Entwicklung zu beanspruchen. Die weltweite Geringschätzung der weiblichen Tätigkeit hat schließlich zur Verfestigung von Unterentwicklung und Armut in den Ländern der Dritten Welt und der Zunahme von Reichtum und Armut in den Industrieländern beigetragen.

Frauen brauchen und wollen Hilfe: „Ich denke, daß solche Frauensolidarität beispielhaft ist, weil sie ganz ohne den Hintergedanken an Nutzung, die immer auch Ausnutzung ist, die Frauen in den Projekten spüren läßt: Denkt ihr weiter, arbeitet ihr weiter, wir vertrauen auf Euch, denn ihr habt die Geheimnisse des Überlebens noch im Gedächtnis, die Kolonialisierung und Industrialisierung verschüttet und oft genug zerstört haben“, begründete die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz Aufrufe zur Hilfe für den Marie-Schlei-Verein.

Helfen Sie helfen! (Konto-Nr. 602035 SPARDA Hamburg (BLZ 206 90 500)

(-/23.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Erinnerung an einen ganz außergewöhnlichen Juristen

Zum 40. Todestag von Gustav Radbruch

Von Dr. Hans de With MdB
Obmann im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Am 23. November 1949 ist Gustav Radbruch in Heidelberg von uns gegangen. An dessen Sarg auf dem Bergfriedhof jener Universitätsstadt, in der Radbruch lehrte, schrieb und lebte, hat Karl Engisch ihn in seiner Grabrede am 26. November einen „Stern erster Größe“ genannt. 1987 hat Arthur Kaufmann den ersten Band aus der Gesamtausgabe der Werke von Gustav Radbruch vorgestellt. Die Gesamtausgabe der Werke eines Juristen sei etwas ganz Außergewöhnliches, aber Radbruch sei auch ein ganz außergewöhnlicher Jurist gewesen, meinte Kaufmann.

Gustav Radbruch war nicht nur Rechtslehrer, Rechtsdenker und Philosoph, der sich einer politischen Partei, der Sozialdemokratie, zur Verfügung stellt, der er als Reichstagsabgeordneter und zweimaliger Reichsminister der Justiz diente. Er war mehr. Als sozialer Demokrat durch und durch hat er den besseren Teil der Weimarer Epoche in unsere Zeit hinübergereitet und in seiner Person ein Beispiel gegeben.

Seine Teilnahme an August Bebel's Begräbnis 1913 in Zürich habe ihm, so schreibt Radbruch in seinen Lebenserinnerungen, letztlich verdeutlicht, „wo ich zu stehen habe“. Und „es nicht besser haben zu wollen als andere, das war immer mein soziales Grundgefühl“, beschreibt der Großbürgersohn ebenda als sein Grundmotiv der Hinwendung zu den Sozialdemokraten. Und schon sehr bald meldete er sich als streitbarer Demokrat und Reformier öffentlich zu Wort:

„Der juristische Positivismus, dem Recht nichts als Staatswillkür, Rechtssinn nichts als Gehorsam war, dieser Götzendienst der Macht, bedeutet die juristische Teilerscheinung des realpolitischen, des machtstaatlichen Zeitalters. Wir müssen uns des sprichwörtlichen Gegensatzes von Recht und Willkür, Recht und Macht erst wieder bewußt werden, im Recht zunächst nicht den Staatsbefehl, sondern einen Versuch zur Gerechtigkeit zu sehen und als dessen berufenen Mitarbeiter und Vollender, als Diener nicht bloß des Rechts, sondern im Rahmen des Rechts der Gerechtigkeit fühlen.“ („Ihr jungen Juristen“, 1919)

Aber Radbruch schrieb nicht nur. Beim Kapp-Putsch in Kiel half er nach einem Bericht des dortigen SPD-Parteisekretärs, die kämpfenden und bedrängten antikappistischen Arbeiter mit Waffen zu versorgen. Und Admiral von Levetzow ließ ihn verhaften. Nur mit viel Glück soll er dem Erlaß des Generallandschaftsdirektors Kapp entkommen sein, nach dem „Rädelsführer und Streikposten mit dem Tode bestraft“ werden sollten.

Reichsminister der Justiz war Gustav Radbruch nur verhältnismäßig kurze Zeit: Vom 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922 im zweiten Kabinett Wirth und vom 13. August 1923 bis 2. November 1923 im ersten und zweiten Kabinett Stresemann. Doch in welcher Zeit war das! Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau ermordet. Dem folgte der Kampf um das Gesetz zum Schutz der Republik und ein ganzes Bündel weiterer Gesetze aus Anlaß dieses ruchlosen Mordes. Die sich daraus ergebenden schwierigen Verhandlungen mit Bayern - Bayern lehnte die Anwendung des Gesetzes für sein Gebiet ab - brachten Radbruch fast zum Rücktritt. Und bis 26. September 1923 tobte der Ruhrkampf.

Dennoch: Es ist verwunderlich, welche stolze Erfolgsbilanz der wohl reformfreudigste Justizminister der Weimarer Zeit Radbruch vorweisen kann. Von der Neuregelung des Rechts der unehelichen Kinder - so hieß es damals noch - über die Beatungen des Jugendgerichtsgesetzes, die Verbesserung des Strafrechts im Sinne seines Lehreres Franz von Liszt bis hin - wir haben es schon fast vergessen - zur Zulassung der Frau zu den Justizämtern. Die Begründung zur Zulassung der Frau als Berufsrichter hatte der Minister selbst verfaßt. Viele seiner Vorhaben aus der damaligen Zeit fanden ihre Verwirklichung allerdings erst unter Gustav Heinemann als Bundesminister der Justiz während der Großen Koalition und sodann anschließend zu Zeiten von Gerhard Jahn und Hans-Jochen Vogel. Das gilt vornehmlich für das Strafrecht aber auch für das Eherecht.

Nach Gerhard Anschütz, dem führenden Kommentator der Weimarer Reichsverfassung, ließ Hitler als zweiten Rechtslehrer der Heidelberger Juristenfakultät Gustav Radbruch mit Wirkung vom 9. Mai 1933 aus dem Dienst entfernen. Radbruch beugte sich nicht. In einem Vortrag in Rom 1937 wandte er sich - für ihn nicht ganz ungefährlich - vehement gegen den Führerbefehl mit u.a. diesen Worten:

„Die Unabhängigkeit der Gerichte ferner bliebe unverständlich, wenn Recht nur Führerbefehl im Dienst des Gemeinwohls wäre, wenn es nicht eine Eigengesetzlichkeit entfaltet, die vom bloßen Zweckmäßigkeitsdenken und Befehlsgehorsam unabhängig wäre.“

Am 2. September 1945 wieder in sein Lehramt eingesetzt, hat er bis zum seinem Tode versucht, die Lehren der Weimarer Zeit ins Gedächtnis zu rufen und das damals Begonnene fortzusetzen. Mit seinem Aufsatz „Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht“ 1946 setzte er Maßstäbe aus seiner Lebenserfahrung, die in die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichtes eingingen.

Auch Gustav Radbruch hat sich geirrt, sich aber nie gescheut, Fehlmeinungen einzugestehen. Er war nicht von Anfang an ein Vertreter des Naturrechtsgedankens. Seine Haltung aber war immer von dem Versuch gekennzeichnet, das Böse zu nennen und sich zu bekennen. 1948 schrieb er:

„Glaube niemand, daß es ihm gelingen werde, durch Teilnahme am Bösen Schlimmeres zu verhüten. Dies Experiment ist oft genug gemacht worden und oft genug mißlungen, ist auch oft genug ein bloßer Vorwand feiger Nachgiebigkeit gewesen.“

Als Gustav Radbruch am 23. November 1949, nur zwei Tage nach seinem 71. Geburtstag, für immer die Augen schloß, hinterließ er uns ein Vermächtnis, das keineswegs allein die Juristen in die Pflicht nimmt.

(-/23.11.1989/vo-he/rs)

* * *